Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 24 (1930)
Heft: 11

Rubrik: Rundschau : Monatsschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gesellschaft sein wird. Aber es ist wenigstens ein *Ersatz* möglich und notwendig. Es muß diesen Scharen der Arbeitslosen möglichst angenehme Unterkunft in denjenigen öffentlichen und vielleicht auch privaten Räumen, die man dafür frei machen kann, verschafft werden. Es dürfen nicht Wirtshaus und Kino ihre einzige Zuflucht sein. Es muß ihnen so viel als möglich *Ersatz-Beschäftigung* geboten werden. Und geistige *Ausfüllung*. Der ganze riesige Apparat unseres sogenannten freien Bildungswesens, der sonst zum großen Teil leer läuft oder für den geistigen Luxus arbeitet, müßte in den Dienst dieser Sache gestellt, vielleicht dafür auch *neue* Formen geschafft werden. Auch diese Aufgabe wartet auf Organisatoren und Arbeiter!

Und auch eine andere Not wollen wir nicht vergessen: Wir wollen bedenken, daß überall, auch in den Ländern der schlimmsten Arbeitslosigkeit, neben dem Mangel am Nötigsten auch *Ueberfluß* vorhanden ist, und zwar nicht nur in den Magazinen und Verkaufslokalen, sondern auch in den Vorrätsräumen, in den Zimmern, in der Lebenshaltung, in den Vergnügungen der Besitzenden, bis in den Kleiderluxus hinein. Neben dem „stempelnden" Arbeiter führt ein Luxusauto den Bourgeois zu Kaviar und Champagner; die Proletarierin, die nicht mehr weiß, wie sie ihre eigene Blöße und die der Kinder decken soll, beobachtet an der reichen Dame ein Kleid, aus dessen Kosten sie mit ihrer Familie zwei oder drei Jahre leben könnte. Diese Zustände bedeuten eine furchtbare Aufreizung. Wird unsere üppig gewordene Bourgeoisie vor der Weltnot dieses Winters daran denken? Wird sie das Mene Tekel sehen, die Flammenschrift an der Wand? „Mitternacht ist diese Stunde!"

Wie werden wir Weihnachten feiern?

Noch einmal sage ich und poche an Herzen und Gewissen mit Frage und Mahnung: Die Arbeitslosigkeit ist jetzt *das* Problem.

L. Ragaz.

Rundschau

Monatsschau.

Die Aufmerksamkeit der Welt, zum mindesten des Abendlandes, war in der Berichtszeit auf

1. *Die faschistische, im besondern die nationalsozialistische Welle*

gerichtet. Was würde nach dem 14. September besonders bei der Eröffnung des neuen deutschen Reichstages werden? Und was würde am 9. November, dem Tag der österreichischen Wahlen, sowie unmittelbar vorher und nachher, geschehen? Eine erste Antwort ist inzwischen erfolgt: die Welle ist vorläufig nicht weiter gestiegen, im Gegenteil eher zurückgegangen. Bei der Eröffnung des Reichstages ist es von der nationalsozialistischen und kommunistischen Seite zu

Spektakel und Gegenſpektakel gekommen, aber *Taten* ſind keine geſchehen. Die radikalen Anträge in Bezug auf die Außenpolitik, auf die es beſonders angekommen wäre (Einſtellung der Zahlungen des Young-Planes, Kündigung des Vertrages von Verſailles. Wiederherſtellung der deutſchen Heeresmacht), ſind im Ausſchuß abgelehnt worden (wie es heißt, ausgerechnet infolge von Stimmenthaltung der Nationalſozialiſten!), und es ſcheint, als ob die brauſenden Gewäſſer des Nationalismus einfach von dem allgemeinen Strombett jenes *Reviſionismus,* d. h. der Bewegung, die auf raſche oder langſame Aufhebung des Friedensvertrages geht, aufgenommen worden ſeien.

Adolph Hitler hat in allerlei Aeußerungen ſich bemüht, ſich und ſeine Bewegung als Muſter von Loyalität hinzuſtellen und hat ſich in einer Auseinanderſetzung mit dem franzöſiſchen Chamäleon Guſtav Hervé beinahe als Pazifiſten ausgeſpielt. Wie weit das aufrichtig iſt, bleibe dahingeſtellt. — Hitler iſt vielleicht ein geriebenerer Taktiker als man denken möchte — aber revolutionär iſt eine ſolche Haltung nicht gerade, und abkühlend muß ſie wirken. Auch in der Sozialpolitik war, abgeſehen von einigem Theater, von revolutionären Taten nichts zu merken. Das Eintreten für den Metallarbeiterſtreik in Berlin koſtete wohl nicht viel. Jedenfalls hat ſich die Regierung Brüning infolge der Unterſtützung durch die Sozialdemokratie behauptet. Was wir jetzt in Deutſchland haben, iſt, wie es in der letzten Monatsſchau vorausgeſagt wurde, eine *Diktatur,* die im Zeichen Hindenburgs ſteht. Es iſt eine gemäßigte, ein wenig verſchleierte Diktatur, aber doch eine Diktatur. Denn von einer parlamentariſch-demokratiſchen Regierung kann bei dem vorhandenen deutſchen Chaos keine Rede ſein. Die Diktatur wird auch durchaus notwendig — ein notwendiges Uebel — wenn die geſtaltenden demokratiſchen Kräfte eines Volkes verſagen. Darum haben wir ſie, nebenbei geſagt, heute faſt überall, nur in verſchiedenen Graden der Deutlichkeit und der Gewaltſamkeit. Nehmen wir noch dazu, daß der preußiſche Sozialismus unter Führung des Miniſterpräſidenten Braun, des Miniſters des Innern Severing und des Polizeipräſidenten von Berlin Greszinsky entſchloſſen iſt, dem Nationalſozialismus die Zähne zu zeigen, was einem ſolchen gewöhnlich mehr großſprecheriſchen als wirklich mutigen Gegner ſchon imponiert — er hat ſich denn auch darauf beſchränkt, jüdiſchen Geſchäftshäuſern die Fenſter einzuwerfen — ſo ſcheint vorläufig der Hitlerſturm zurückgewieſen.

Einen ganz ſtarken Rückſchlag in der faſchiſtiſchen Bewegung bedeuten auf alle Fälle die Wahlen in *Oeſterreich,* die inzwiſchen erfolgt ſind. Sie brachten der Heimwehrbewegung à la Starhemberg eine Niederlage, von der man annehmen ſollte, daß ſie entſcheidend ſei und zogen die ſpezifiſche Partei der katholiſchen Kirche, die chriſtlich-ſoziale, in dieſe Niederlage mit hinein, während die Sozialdemokratie ſich, trotz eines gewiſſen Rückgangs der Stimmen, gut behauptete und zur ſtärkſten Einzelpartei des Nationalrates wurde. Die Rolle der Partei, die ſich um den durch Vaugoin und Seipel verdrängten Doktor Schober ſammelte, hat gezeigt, daß ſich heute doch noch nicht einfach bloß Faſchismus und Sozialismus (oder gar Kommunismus) gegenüberſtehen, ſodaß der Bürgerkrieg unvermeidlich wäre, ſondern daß es noch wichtige Elemente *zwiſchen* ihnen gibt, die verſtärkt werden können.

Die öſterreichiſche Kriſis iſt freilich noch nicht vorüber. Es fragt ſich zunächſt, ob Starhemberg wagt, ſeinen Plan auszuführen, trotz der Wahlniederlage doch in der Regierung zu bleiben und den „Marxismus" mit dem Ochſenziemer zu behandeln, wie er ſich ausdrückte. Es iſt wenig wahrſcheinlich. Und damit iſt ein Feuer gelöſcht, das beſonders, wenn man auch die Wiedereinſetzung der Habsburger verſucht hätte, leicht nach allen Seiten übergreifen und ein Brand hätte werden können, deſſen Ende der Untergang Europas geweſen wäre.

Eine Erfahrung dieſes Kampfes iſt beſonders hervorzuheben. Die von den übrigens verfaſſungswidrigen Regierung Vaugoin-Starhemberg im letzten Augenblick durchgeführte „Razzia" auf ſozialdemokratiſche Waffen, während die Heim-

wehren mit ihrer unvergleichlich ſtärkeren und offenkundigen Rüſtung unangetaſtet blieben (eine Aktion, die dazu beſtimmt war, die Arbeiterſchaft zu gewaltſamem Widerſtand zu reizen, worauf dann die Heimwehren und das Heer freie Hand gehabt hätten, und die Wahlen hätten vermieden werden können), iſt von der rechtzeitig gewarnten Arbeiterſchaft durch eine *paſſive Reſiſtenz* beantwortet worden, die mehr bedeutet als eine gewonnene Schlacht und gezeigt hat, was für eine Waffe die Arbeiterſchaft daran beſitzt, wenn ſie daran *glaubt* und dieſe Waffe richtig und rechtzeitig ſchmiedet. Und umgekehrt iſt in Oeſterreich nun deutlich genug geworden, welch eine *trügeriſche* Waffe für die Arbeiterſchaft der Verlaß auf militäriſche Gewalt iſt. Unſere ſchweizeriſchen „Marxiſten" haben bekanntlich immer auf das öſterreichiſche Beiſpiel hingewieſen, um die Notwendigkeit der „Wehrhaftigkeit des Proletariats" zu beweiſen. Nun kann man ja ſehen, wohin das führt. Nicht nur iſt die „Volkswehr", die einſt ſozialdemokratiſch war, wie die Polizei in die Hand der Gegner geraten, ſondern es erweiſt ſich auch der „Republikaniſche Schutzbund" eher als eine Gefahr, denn als ein Schutz; die Genoſſen wären ihn gerne los, je eher je lieber, und fordern ſeit Jahren die „innere Abrüſtung". Aehnliches gilt in Deutſchland von der Reichswehr, die mit Hilfe der Sozialdemokratie groß geworden und nun ſelbſtverſtändlich ein Werkzeug der Reaktion iſt, das nur auf ſeinen Tag wartet. Wer die Arbeiterſchaft auf ſolche Wege führt, iſt nicht ein Führer, ſondern ein Irreführer; er verrät den Sozialismus. Die Arbeiterſchaft wird nur mit andern Waffen ſiegen.

Dieſe öſterreichiſchen Wahlen haben alſo in jeder Beziehung eine große Wichtigkeit und könnten ſogar einen Wendepunkt bedeuten.

Von beſonderem Intereſſe iſt die Stellung zweier Mächte zu dieſer ganzen mitteleuropäiſchen Entwicklung: die der deutſchen Sozialdemokratie und der römiſchen Kirche.

Die *deutſche Sozialdemokratie* iſt durch das Ereignis des 14. September in eine äußerſt kritiſche Lage verſetzt und vor Entſcheidungen geſtellt worden, die leicht Sein oder Nichtſein bedeuten könnten. Sollte ſie die Regierung Brüning ſtützen oder ſich zu der Oppoſition gegen ſie geſellen? Skylla und Charybdis! Tat ſie das Zweite, dann, ſo ſchien es, kam eine Diktatur Hitler und der faſt ſichere Bürgerkrieg; tat ſie das Erſte, dann drohte ihr ein weiterer Abfall der proletariſchen Maſſen. Alſo, auf beiden Wegen die Kataſtrophe! Man wird ſich bei dieſer Sachlage vor allzuraſchen Urteilen über die getroffene Entſcheidung hüten müſſen, für die ſogar ein Mann wie Heinrich Ströbel einſteht. Mit demagogiſchen Redensarten wird ein ſolches Problem nicht gelöſt. Wenn die Führer wirklich ernſthafte Gründe hatten, als Folge einer Oppoſitionsſtellung zur Regierung Brüning eine nationalſozialiſtiſche Diktatur mit der daraus notwendig entſtehenden innenpolitiſchen und außenpolitiſchen Kataſtrophe zu fürchten, dann iſt ihr Verhalten zum mindeſten ſehr begreiflich. Jedenfalls muß man ihnen herzlich zuſtimmen, wenn es ihnen wirklich ernſt war mit dem Grundſatz, lieber eine ganze unpopuläre *Verantwortung* auf ſich nehmen, als eine glänzende, aber im Grunde feige und jedenfalls wenig gewiſſenhafte Oppoſitions-Demagogie zu treiben, wie das, wenigſtens von ferne geſehen, die franzöſiſchen Sozialiſten unter Führung von Leon Blum tun. Dann — freilich nur dann — wird ihr Verhalten auch nicht ohne Segen ſein. Freilich läuft die Sozialdemokratie dann Gefahr, für die Rettung von Republik und Demokratie unterzugehen, aber auch das könnte eine Aufgabe ſein und der Sozialismus aus dieſem Opfer in anderer Form neu aufleben.

Perſönlich glaube ich freilich, daß es ein falſcher, weil unnötiger und allzu gefährlicher Weg ſei. Man hätte es auf eine Diktatur Hitler ankommen laſſen und alle Kraft darauf ſammeln ſollen, die neue Chance des Sozialismus durch eine neue ſozialiſtiſche Schilderhebung in Form eines radikalen, aber echten ſozialiſtiſchen Oppoſitionsprogramms mit volkstümlicher Werbekraft auszunützen. Man hätte es *dürfen*: denn mit höchſter Wahrſcheinlichkeit, ohne Krieg nach außen und innen, wäre dann die Hitlerherrlichkeit bald zu Ende geweſen und Raum für neue Entwicklungen geworden. 1918 hätte ſich in beſſerem Stil wiederholen können. So aber

besteht die große Gefahr, daß die Sozialdemokratie als Stütze der Regierung Brüning und der verschleierten Diktatur „Hindenburg" immer mehr deren Gefangene wird und damit eine sehr schwere, vielleicht entscheidende Katastrophe erlebt. Jedenfalls müßte nun der sozialistische *Radikalismus* (im guten Sinne) in *anderer* Form deutlich vertreten sein. Aber wo ist dies der Fall? Weil dieser Geist nicht vorhanden ist, so muß man freilich wohl auch sagen, daß die Sozialdemokratie, so wie sie heute ist, jene andere, bessere Politik vielleicht gar nicht machen *könnte*.

Der Sozialismus ist durch diese neuen Entwicklungen in seiner *marxistisch-politischen* Form über Nacht in eine Krise auf Leben und Sterben geraten und hat wahrhaftig keinen Grund zum Hochmut. Und es ist nicht *zufällig* so gekommen. Nicht so steht es mit dem Sozialismus in *andern* Formen — für *diese* sind seine Aussichten größer als je!

Nicht weniger groß, ja noch größer ist die den gleichen Ursachen entstammende Krisis der *römischen Kirche*. Daß sie in Oesterreich eine starke Niederlage erlitten hat, ist schon angedeutet worden. Aber das Problem hat eine viel größere Tragweite. Wie soll sich die Kirche zu dem Kampf zwischen Faschismus und Sozialismus stellen? Soll sie sich mit dem Faschismus verbinden und ihn zur Niederwerfung des Sozialismus und Aufrichtung eines neuen autoritären Gesellschafts-Systems im Abendlande benützen, oder soll sie die Möglichkeit wahren, allfällig doch mit einem siegreichen Sozialismus zusammen zu leben? Auch keine leichte Wahl! Offenbar tobt nun im Schoße der katholischen Führerschaft selbst ein leidenschaftlicher Kampf. Während der Prälat Seipel mit dem Faschismus in Gestalt der österreichischen Heimwehren geht, exkommuniziert der Erzbischof von Mainz die Kirchenglieder, die zum Nationalsozialismus gehen. Es scheint (nach Aussagen gut Unterrichteter), daß der Papst auf der faschistenfreundlichen Seite stehe. Mit ihm geht wahrscheinlich ein Teil des höheren Klerus. Der niedere sei in Italien zum weitaus größeren Teil heftig gegen den Faschismus. Aus seiner Mitte ist eine Streitschrift gegen ihn und gegen den Abfall der Kirche zu ihm hervorgegangen, die in ihrer Leidenschaft an die Reformationszeit erinnert. In den österreichischen Wahlkampf aber haben die Bischöfe zu Gunsten der mit den Heimwehren verbündeten Christlich-Sozialen mit einer Erklärung eingegriffen, worin der Kampf als der zwischen Christus und Belial bezeichnet wurde, ein Verhalten, das der Kirche sicher ganz schweren Schaden zugefügt hat. Wie wird die Entscheidung endgültig fallen? Wieder Skylla und Charybdis! Fällt sie — abgekürzt ausgedrückt — für den Sozialismus, so scheint das konservative Prinzip der Kirche gefährdet; fällt sie für den Faschismus, so droht sie nicht nur in ein antichristliches Denken verwickelt, sondern auch in einen Sturz des Faschismus mit hineingerissen zu werden. Vielleicht auch wird eine Entscheidung vermieden, aber auch das ist für eine Macht wie die römische Kirche eine böse Sache. So oder so — katastrophale Wendungen scheinen unausbleiblich.

Uebrigens bleibt der *Protestantismus* von dieser Krise nicht unberührt. Ein großer Teil des deutschen Protestantismus hält es mehr oder weniger mit dem Nationalsozialismus, und übrigens ein zwar nicht großer Teil des schweizerischen mit dem Faschismus. Auch das kann nicht ohne eine Katastrophe enden.

Die Bedeutung des faschistischen Problems für das Christentum versucht das Manifest der religiösen Sozialisten, das man anderwärts in diesem Hefte findet, aufzudecken.

Folgen wir nun noch einen Augenblick dem Kampf zwischen Faschismus und Sozialismus weiter, so wäre für die Berichtszeit auf die nun erfolgte Aufhellung der Affäre *Kutjepow* und auf die in *Finnland* geradezu ein Sport gewordene gewaltsame „Entführung" von politischen Gegnern, hier in der übrigens mißlungenen des ehemaligen Präsidenten des Abgeordnetenhauses des Professors Stahlberg und seiner Frau gipfelnd. Diese neuen Methoden des politischen Kampfes sind auch ein Zeichen der ganzen Brutalisierung, der dieser, wie unsere ganze Zivilisation, immer rascher verfällt. Bedeutsam auch, daß die Entführer Stahlberg der finnische Generalstabschef und seine Helfershelfer waren, die damit ein Hindernis für den *Krieg*

gegen Rußland beseitigen wollten. Denn der Krieg gegen Rußland, den auch Hitler predigt (während Mussolini mit Rußland intime Freundschaft pflegt und es mit Deutschland zusammen gegen Frankreich führen will oder doch so tut), nimmt nun, als Plan, bestimmtere Formen an. Freilich sieht man, wie hier das Widersprechendste durcheinander wirbelt [1]). Rußland selbst trägt, wie durch seine Religionsverfolgung, durch sein neuestes „Dumping" stark dazu bei, diese Entwicklung zu fördern. Dieses „Dumping" scheint freilich nicht irgend einer satanischen Spekulation auf die Zerrüttung Europas, sondern seiner wirtschaftlichen Not, dem Bedürfnis nach Kapital, entsprungen zu sein. Wobei übrigens interessant ist, daß auch in unserer lieben Schweiz, und zwar besonders in der welschen, wo ja der antibolschewistische Furor besonders stark ist, gewisse Patrioten, die öffentlich mit diesem protzen, im Geheimen mit dem russischen Benzin schwungvolle Wuchergeschäfte machen. Und der russische Weizen ist als wohlfeil überall willkommen. Man ist versucht, darauf in einiger Umdichtung den bekannten Goetheschen Vers anzuwenden:

„Ein echter Schweizermann mag keine Bolschewik leiden,
Doch ihren Weizen kauft er gern."

Was geht im übrigen in Rußland vor? Stets neue Verhaftungen von „Verschwörern", Verstoßung von Oppositionsmännern, dazu wachsende Hungersnot. Neu ist der Zwangs-Arbeitsdienst, der erlaubt, Arbeiter nach Belieben zu verwenden, wo man will. Er erinnert sehr an diese Form von Sklaverei in Afrika! Es steht jedenfalls nicht gut mit dem Fünfjahrplan und anderem, und die entgegengesetzten Nachrichten sind Bluff. Uebrigens: Sollten wir für die russische Hungersnot kein Herz haben, weil wir politisch und religiös Gegner der Bolschewisten sind?

Eher noch schlechter als im kommunistischen Rußland scheint es im *faschistischen Italien* zu stehen. Von allen Seiten her kommen die Anzeichen, daß das Regime nun aus dem letzten Loch pfeift. Zuverlässige Zeugen melden, daß nun die Opposition gegen den Faschismus in Italien *ganz allgemein* sei und sich darum auch offen äußere. Die Verfolgung besonders hervorragender Gegner, die neuerdings wieder stärker eingesetzt und sogar den Sohn eines hochgefeierten nationalen Helden und Märtyrers wie Cesare Battisti erfaßt hat, ist kein Beweis dagegen. Ebensowenig die im Gegensatz zu früheren Aeußerungen stehende Erklärung Mussolinis, der Faschismus sei nun ein „Exportartikel". Denn das ist nur Flucht ins Ausland. Wie übel es mit dem Regime steht, zeigt auch Mussolinis Versuch, mit Hilfe des Papstes dessen Basis durch Zuziehung anderer Elemente zu verbreitern. Es wanken eben alle Stützen. Nicht nur auf das Heer sei nicht mehr Verlaß, sondern auch nicht einmal auf die faschistische Miliz, aus der darum eine besonders sichere Leibgarde in Form von „Stoßtrupps" ausgesondert werden soll. Besonders schlimm sei die wirtschaftliche Lage, und zwar nicht bloß für die Arbeiterschaft, sondern gerade auch für die bürgerlichen Kreise. Die italienischen Werttitel stehen im Kurse tiefer als die fast aller andern Länder. Die ganze Korruption, die mit der Diktatur ja immer verbunden ist, verschlingt ungeheure Summen. Um sich zu helfen, versuchte Mussolini auswärtige Anleihen zu bekommen. Seine nach Irrsinn aussehenden Reden, wie seine ganze Politik fänden ihre Erklärung zum Teil darin, daß sie eine *Erpressung* bei den in Aussicht genommenen Geldgebern, besonders bei Frankreich, sein sollen.

Wenn das wahr ist — und alles spricht dafür, daß es wahr ist —, dann ist es mit dem Eckpfeiler, der das ganze Gebäude des europäischen Faschismus zusammenhält, übel bestellt. Dann aber dürfte überhaupt die Bundesgenossenschaft des faschistischen Italiens wenig wert sein. Es könnte sich an ihr das biblische Bild von dem Rohr bewähren, das dem, der sich darauf stützen will, durch die Hand sticht.

---

[1]) Das *Polen* Pilsudskis, das nun, wenigstens für eine Weile, durch die letzten Wahlen zum Seijm auch faschistisch gemacht worden ist, und zwar mit echt faschistischen Mitteln, wird wohl auch nicht geneigt sein, mit Rußland und Deutschland gegen Frankreich zu marschieren!

(2. Könige 18, 21.[1]) Möge ſich beſonders *Deutſchland* durch dieſe Tatſachen warnen laſſen!

2. *Die Befreiungsbewegung.*

Wenn wir noch einen Blick auf die übrige politiſche Weltbewegung werfen, ſo iſt, wie ſchon angedeutet wurde, im Zuſammenhang mit der nationalſozialiſtiſchen Welle in der Berichtszeit der *Reviſionismus* noch mehr hervorgetreten. Er ſteht überhaupt ſtark unter der Führung des Faſchismus. Muſſolini benutzt ja, ſehr heuchleriſcher Weiſe — man denke bloß an Südtirol und Fiume — dieſe Loſung, um unter ſeiner Leitung alle „Beſiegten", wenn möglich gar mit Rußland vereinigt, zu einer Koalition gegen Frankreich und deſſen Verbündete zuſammenzuſchließen. Es ſtehen alſo Italien, Ungarn, Bulgarien, die Türkei (?), dazu Deutſchland und ein wenig Rußland, gegen Frankreich, Polen und die Kleine Entente. England und die „Neutralen" ſehen zu. Frankreich droht in ſtarke Iſolierung zu geraten.

Daneben zeichnen ſich andere, zum Teil entgegengeſetzte Tendenzen ab. Die *agrariſche* Bewegung der Südoſtſtaaten hat ſich in Konferenzen in Bukareſt und Prag fortgeſetzt, bis jetzt ohne greifbare Ergebniſſe. Die *Balkankonferenz* in Athen ſcheint günſtiger verlaufen zu ſein, als man hoffen durfte. Oder war es nur orientaliſches Theater? Es ſcheint doch etwas Beſſeres zu ſein.

Eine große Ueberraſchung war die Erklärung der engliſchen Regierung über die *Paläſtinafrage*, die durch ein vorläufiges Verbot weiterer jüdiſcher Einwanderung das Werk des Zionismus zu zerſtören ſchien. Wie es ſcheint durch den, vielleicht etwas allzu leidenſchaftlichen, Proteſt des Judentums beſtimmt, wurde das Verbot wieder aufgehoben. Der *richtige* Zionismus ſollte ſich von dieſem Hin und Her der Tagespolitik unabhängig wiſſen und behält ſeine Verheißung.

Aus *Indien* ertönt immer das gleiche traurige Lied: der Kampf zwiſchen dem zähen, trotz allem nicht erlahmenden Nationalismus und der Regierung, die ihm mit brutaler Gewalt begegnet. So ſieht es wenigſtens auf der Oberfläche aus. Rund 25 000 Indier ſitzen deswegen im Gefängnis, wovon aber nur 1000 wegen *Gewaltſamkeit* angeklagt ſind! Und nun kommt die lang erwartete *Round Table Conference*. Möchte wenigſtens über ihr ein guter Stern leuchten, wie es bei der *britiſchen Reichskonferenz* nicht der Fall geweſen zu ſein ſcheint. Inzwiſchen ſind die *Kurden* durch die Türken und die Ureinwohner von *Formoſa* durch die Japaner hingemordet worden!

Die Revolutionen in *Südamerika* ſcheinen zum Teil zwar Auflehnung gegen korrupte oder unfähige Diktaturen geweſen, zum Teil aber auch einfach durch die wirtſchaftliche Kriſis verurſacht worden zu ſein. Ihre Spitze ſcheint gelegentlich gegen die Vereinigten Staaten gerichtet zu ſein. Die *nordamerikaniſchen Wahlen* mit ihrem großen Siege der Demokraten ſtanden ebenfalls unter dem Zeichen der Wirtſchaftskriſe. Hoover ſcheint dadurch als Präſident ſtark gefährdet und gehemmt. Da er ohnehin ſehr enttäuſcht hat, ſo braucht dieſe Wendung nichts Böſes zu bedeuten, kann im Gegenteil Gutes wirken[2]).

---

[1]) Der Servilismus unſerer ſchweizeriſchen „Außenpolitik" freilich ſcheint unheilbar. So iſt jüngſt unter Bruch der verfaſſungsmäßigen Rechte ein Buch von De Ambris über und gegen Muſſolini: „Die Legende und der Mann", von der Beförderung durch die Poſt ausgeſchloſſen worden.

[2]) Die arge Verkommenheit des nordamerikaniſchen Parteiweſens und die immer deutlicher werdende Unmöglichkeit, zwiſchen den beiden großen alten Parteien der Republikaner und Demokraten einen Unterſchied zu machen, ſcheint in den moraliſch und intellektuell höherſtehenden Kreiſen der Union immer ſtärker den Wunſch zu erregen, daß eine dritte Partei verſuchen ſollte, die fortſchrittlichen, neuen Gedanken offenen Schichten der Nation, die Arbeiterſchaft inbegriffen, zuſammenzufaſſen und eine Geſundung der politiſchen Zuſtände herbeizuführen.

3. *Die Friedensbewegung.*

Die *vorbereitende Abrüſtungskonferenz*, die in Genf tagt, ſteht unter dem Zeichen der ganzen europäiſchen Konſtellation. Der deutſche Nationalismus ſtellt, durch die Reichstagswahlen geſtärkt, verſchärfte Forderungen. Die ganze reviſioniſtiſche Koalition verlangt „Abrüſtung", Frankreich und ſeine Verbündeten „Sicherheit", die Andern vermitteln oder nehmen Partei. (Der Streit um den *Modus* der Abrüſtung: ob das potentiel de guerre, d. h. die durch die Induſtrie und Anderes gegebene *Möglichkeit* der kriegeriſchen Rüſtung mit berechnet werden ſolle und ſo fort, iſt nur eine Form des Grundgegenſatzes.) Hinter dem deutſchen und dem faſchiſtiſchen Radikalismus ſteht die Abſicht einer deutſchen und ungariſchen Aufrüſtung; er iſt bloßes Manöver. Dadurch wird auch für aufrichtige Pazifiſten die Stellungnahme ſehr erſchwert. Das Richtige wäre wohl, wenn dieſer Pſeudo-Radikalismus beim Wort genommen würde, doch das wäre eine Politik, deren Kühnheit nur aus einem ſtarken *Glauben* ſtammen könnte, dafür aber fehlen die Vorausſetzungen.

So wendet ſich der Blick immer wieder derjenigen Kraft zu, die allein fähig wäre, eine Wendung herbeizuführen: der Erhebung der Völker ſelbſt gegen Krieg und Militär! Obſchon in dieſer Beziehung während der Berichtszeit nichts Entſcheidendes geſchehen iſt, im Sinne jener Zuſammenfaſſung aller Friedenskräfte und eines allgemeinen Erwachens, ſind doch viele hoffnungsvolle Zeichen zu nennen. In *Holland* ſind gegen eine neue Flottenvorlage nicht weniger als $1^1/_2$ Millionen Unterſchriften geſammelt worden, davon 80 000 durch die Vereinigung „Kirche und Frieden". Die *belgiſchen* Sozialiſten haben ſich einſtimmig gegen Kredite für neue Befeſtigungen an der Maas erklärt und zwar unter Führung De Brouckères. Man wird alſo aufhören müſſen, ihn weiter als ſozialiſtiſchen Kronzeugen für den ſchweizeriſchen Militarismus anzuführen. Auch Leon Blum hat eine Wendung zum verſchärften Pazifismus gemacht. Die berniſche und weſtſchweizeriſche Sozialdemokratie demonſtrierte am 16. November gegen die neuen Militärkredite [1]). Die Sammlung von Unterſchriften für die allgemeine Abrüſtung geht in der Schweiz ſehr gut vorwärts. Erſtaunlich günſtige Ergebniſſe werden aus Bauerndörfern berichtet. Der Gemeinderat von *Thun* hat einen Kredit für Kadettenübungen abgelehnt, was eine Analogie im Kleinen zu dem Beſchluß der engliſchen Arbeiterregierung bedeutet, allen militäriſchen Uebungen an Unterrichtsanſtalten und ſo weiter den ſtaatlichen Charakter zu entziehen. Gegen die Erhöhung unſeres ſchweizeriſchen *Militärbudgets* erklärt ſich auch die Exekutive der Schweizeriſchen Vereinigung für den Völkerbund. Dieſe Erhöhung des Militärbudgets auf nominell 100 (faktiſch etwa 120) Millionen hat eine ſolche Erregung hervorgerufen, daß man ſich, auf die Dummheit ſpekulierend, entſchloß, die Sache dadurch zu maskieren, daß man das Budget nur um einige Millionen vermehren, das Uebrige aber durch einen Extrakredit von 16 Millionen beſchaffen will. Vor einer Volksabſtimmung hat man ſchwer Angſt und umgeht ſie auf alle Weiſe. Mit Recht; ihr Ergebnis wäre unzweifelhaft.

Es gibt freilich auch Rückſchläge. Es iſt jedenfalls ein bedenkliches Symptom, wenn die „Frankfurter Zeitung" berichtet, daß, während die Kurſe aller Induſtriepapiere infolge der Wirtſchaftskriſe ſinken, die der großen *Rüſtungsunternehmungen* (Vickers in England, Schneider-Creuſot in Frankreich) im letzten Jahre unaufhaltſam geſtiegen ſeien. Die deutſche Regierung hält merkwürdigerweiſe den Augenblick, wo man aus Mangel an Mitteln die Sozialpolitik verkürzt und be-

[1]) Auch die „Zentralſtelle für Friedensarbeit" beteiligte ſich daran. Es ſollen etwa 25,000 Menſchen zuſammengeſtrömt ſein, darunter auch viele nichtſozialiſtiſche Friedensfreunde. Man demonſtrierte beſonders vor dem Bundeshaus, wo die Hauptaktion ſtattfand. Redner waren die ſozialdemokratiſchen Nationalräte *Grimm* und *Perret*. Oft gerade Grimm geeignet war, den Friedenswillen der Arbeiterſchaft zum Ausdruck zu bringen und auf unſere bürgerlichen Militariſten den zu wünſchenden Eindruck zu machen, mag der Leſer entſcheiden.

hauptet, den Youngplan nicht tragen zu können, für geeignet, um 300 Millionen Mark für den Ausbau der Panzerflotte zu budgetieren. Lord *Cecil*, der „Große Friedensfreund", hat ſcheints in Genf nichts Geſcheiteres zu tun gewußt, als in Harmonie mit unſeren Militariſten und Halbmilitariſten wieder einmal das ſchweizeriſche Milizſyſtem als die ideale Form der Abrüſtung zu empfehlen. „Gott behüte uns vor unſern Freunden!" [1]) Ein ſchweizeriſcher *Feldprediger* aber ſoll letzthin ſeine Soldaten als „Gottesvolk in Waffen" angeredet haben, über welche Qualifikation die Soldaten ſelbſt nicht wenig erſtaunt geweſen ſeien.

Auf der andern Seite aber ſteht die Tatſache, daß in der letzten Zeit gerade zwei Pfarrer die *Militärſteuer* verweigert haben, und zwar die Pfarrer *Boller* in Kyburg (Zürich) und *Jaques* in Lauſanne. Ueber den Fall des Erſteren lieſt man in dieſem Hefte einen ausführlichen Bericht. Jaques aber iſt Miſſionar in Südafrika und hat dort eine ſehr ſchöne Wirkſamkeit. Nachdem er die Steuer ſchon früher verweigert, kündigte er ſofort nach der Heimkehr in den Urlaub die Wiederholung dieſes Aktes an, ſehr zur Verlegenheit ſeiner Geſellſchaft, die ihn doch nicht zu entlaſſen wagte. Er iſt mit zwei Tagen Gefängnis beſtraft worden. — Die Verweigerung der Militärſteuer ſcheint immer mehr aktuell zu werden.

Man lieſt in dieſem Hefte auch das *Manifeſt für die Abſchaffung der Militärdienſtpflicht,* unterzeichnet von Männern und Frauen aller Länder, wie aller Raſſen und Religionen.

Unſere Verteidiger des Militärs ſcheinen im Angeſicht der Volksbewegung dagegen doch mehr und mehr das Bedürfnis zu empfinden, ſich öffentlich zur Diskuſſion zu ſtellen. Lange genug hat man getan, als ob man den Antimilitarismus als quantité négligable betrachten dürfe. Man muß es unſerm neuen Kriegsminiſter *Minger* wirklich zur Ehre anrechnen, daß er den Mut hatte, ſich an einer Volksverſammlung von 2000 Mann im aargauiſchen Dorf *Gränichen* zur Diskuſſion zu ſtellen. Seine Rede iſt wirklich eine treffliche Zuſammenfaſſung deſſen, was man anno 1870 oder ſogar noch 1910 für das ſchweizeriſche Heer ſagen konnte! Der Korreferent, *Dr. Arthur Schmid,* hat dann das geſagt, was anno 1930 Wahrheit iſt. Immerhin iſt es zunächſt ein Erfolg der Gegner, wenn ſie ſich auch nur zu ſtellen wagen, freilich nur ein vorläufiger Erfolg, der die Verbreitung der Wahrheit nicht lange aufhalten wird.

Bezeichnend für die Lage eines Kampfes iſt immer die Stellung der *Kunſt* und *Literatur* dazu. Darum iſt es ein hocherfreuliches Symptom, wenn der „*Helfer*" von Adrian von Arx in Olten (ausgerechnet in Olten!) dreimal nacheinander den Theaterſaal mit einer tiefergriffenen Menge füllte. Möge er nun durch die ganze Schweiz wandern und darüber hinaus! Und ein Stück wie „*Die andere Seite*" (Journeys end), welcher Menſch könnte es ſehen, ohne davon bis ins Mark erſchüttert zu ſein und das „Nie wieder Krieg!" aufs neue als heiliges Gelübde auszuſprechen?

4. *Soziales und Sozialiſtiſches.*

Es iſt kein Zufall, daß diesmal ſo viel von der ſozialen Not und dem ſozialen Kampf zu melden iſt. Denn *dieſe* Welle iſt ſehr ſtark im Steigen.

---

[1]) Ich habe, als ich die obige Bemerkung ſchrieb, naiver Weiſe angenommen, der Bericht, der über dieſe Aeußerung durch die Preſſe ging, ſei zuverläſſig. In Wirklichkeit ſcheint er eine Tendenzmache der militariſtiſchen Kreiſe zu ſein. Edmond Privat, ein Mann, der in dieſen Dingen genau orientiert und auf den Verlaß iſt, erklärt in der „Sentinelle" (Nr. 265) mit Entſchiedenheit, die Aeußerung Lord Cecils habe im Zuſammenhang mit ſeiner Rede einen ganz andern Sinn gehabt, als ihr jene Kreiſe gegeben hätten und hätte nichts weniger als eine Empfehlung der allgemeinen Einführung des Milizſyſtems ſein ſollen.

Damit ſtimmt die Tatſache, *daß Lord Cecil das Manifeſt für die allgemeine Abrüſtung unterzeichnet hat.* Unſere Freunde ſind alſo gebeten, auf dieſe neueſte militariſtiſche Ente Jagd zu machen.

Im Vordergrund ſteht immer die *Arbeitsloſigkeit,* dieſes Mene Tekel der kapitaliſtiſchen Ordnung. Sie hat wieder mächtig zugenommen und in Deutſchland die Zahl von 3,5 Millionen, in Amerika die von 5 bis 7 Millionen Unbeſchäftigter erreicht. Hand in Hand damit gehen die großen *Börſenkrache* (beſonders in New-York- und Berlin) und die Zuſammenbrüche (freilich auch Rieſenprofite!) geſchäftlicher Unternehmen. Dazu die Arbeitskonflikte. Beſonders hervorgetreten iſt jener *Streik der Metallarbeiter in Berlin,* der zum Kampfplatz der Parteien wurde und mit einer etwas maſkierten Niederlage der Arbeiterſchaft geendet hat. Nur einen kleinen Erfolg errang im beſten Fall der, in kleinerem Maße, analoge *Holzarbeiterſtreik* in *Baſel,* bei dem kirchliche Kreiſe vermittelnd eingriffen. Groß iſt in der öſtlichen Schweiz die Not der *Textilarbeiter.* Eine weitere Begleitung zu dieſen Umſtänden bilden die furchtbaren *Grubenkataſtrophen* in Alsdorf, Maybach und Millfield (Ohio). Daß hier auch eine furchtbare und mannigfaltige *Schuld unſerer Geſellſchaft vorliegt,* iſt klar genug. Von Verſuchen, der *Not* der *Landwirtſchaft* durch internationale Vereinbarungen und Zuſammenſchlüſſe zu ſteuern, iſt ſchon die Rede geweſen. Eine äußerſt bedenkliche Sache iſt der allgemeine *Lohnabbau* beſonders in Deutſchland. Ob die auf *Senkung* der *Preiſe* gerichtete Aktion der Regierung Brüning dafür ein Gegengewicht ſchaffen kann, iſt wohl mehr als zweifelhaft.

Was den *politiſchen* Kampfplatz des Sozialismus betrifft, ſo iſt in der Berichtszeit neben jenen großen Themen: Deutſchland und Oeſterreich beſonders noch von *Wahlen* zu berichten. Sie ſind in Norwegen für den Storthing ungünſtig ausgefallen, ebenſo in England für die Gemeinden, günſtig in Auſtralien und Neuſeeland für die Legislative und in Genf für den Großen Rat. Hier beſonders wohl auch wegen der Kompromittierung einiger Führer in Patriotismus und Sozialiſtenfreſſerei durch gewiſſe Geſchäfte mit dem ruſſiſchen Benzin.

Mit der *Labour-Regierung* ſcheint es abwärts zu gehen. Auch parlamentariſche Nachwahlen fallen vorwiegend *gegen* ſie aus. Man wirft ihr Mangel an Energie vor allem in der Behandlung des Problems der Arbeitsloſigkeit vor. Wir Andern vermiſſen — mit Recht oder Unrecht — in ihrer auswärtigen Politik ſowohl jenen Idealismus, den eine ſozialiſtiſche Politik atmen ſollte, als auch einen richtigen Realismus. So vor allem in der Abrüſtungsfrage und in der Löſung des indiſchen Problems. Aber die Regierung iſt, wie immer, nicht die allein Schuldige. An dem Kongreß der Labour Party in Llanddudno fand weder die Abrüſtung noch das indiſche Problem das Ohr der Verſammlung, ſondern bloß die Frage der Arbeitsloſigkeit. Klaſſenegoismus der Arbeiterſchaft, ſehr begreiflicher, gewiß, aber trotzdem kurzſichtiger.

Im Schweizeriſchen *Kommunismus* geht der Kampf zwiſchen der neuen und alten „Linie" vorwärts. *Bringolf* ſcheint ſich von neuem beſonnen zu haben und berichtet von einer tiefen inneren Kriſe, die er durchmache. Möchte ſie ihn recht tief in die Wahrheit hineinführen und damit vielleicht für eine Weile von der Politik, in die er zu früh geraten iſt, weg. Den umgekehrten Weg geht *Humbert Droz.* Er kehrt mit einem Bekenntnis des Irrtums zum offiziellen kommuniſtiſchen Kurs zurück. Ob etwa geblendet durch die deutſchen Vorgänge?

Der *ſchweizeriſche Gewerkſchaftsbund* hat ſein fünfzigjähriges Jubiläum gefeiert und ſich dazu u. a. auch den Segen von Bundesrat Schultheß geben laſſen, worüber man ſich ein wenig gewundert hat. Er hatte im übrigen Urſache zu Genugtuung und Freude. Welch gewaltiges, notwendiges, zukunftsvolles Werk! Und ſchon zahlenmäßig ein Aufſtieg von 133 zu 187 000 Mitgliedern! Ein ſchönes Werk [1]) illuſtriert dieſe Entwicklung. Auch wir bringen unſere beſcheidenen Glückwünſche!

5. *Schweizeriſches.*

Der Verſuch, dem Nationalrat, der Vertretung des Geſamtvolkes, durch Herabſetzung ſeiner Mitgliederzahl etwas von ſeiner Bedeutung zu nehmen (es handelt

[1]) Der ſchweizeriſche Gewerſchaftsbund 1880 bis 1930, von *Friedrich Heeb.*

ſich dabei weſentlich um einen Streit um Parteimacht), hat auf der ſozialiſtiſchen Seite einen Angriff auf den *Ständerat,* die Vertretung der Kantone, hervorgerufen. Soweit das ernſt gemeint iſt, entſpringt es jenem Zentralismus, den ein Teil der Sozialiſten für ſozialiſtiſch hält, trotzdem er mit Sozialismus am allerwenigſten etwas zu tun hat. *Umgeſtaltung* im Sinne der *Belebung* hätte unſer Ständerat freilich dringend nötig [1]), aber ſeine prinzipielle Abſchaffung ginge an die Lebenswurzeln der Schweiz. Denn dieſe iſt eine Eidgenoſſenſchaft, eine Conföderatio, oder ſie iſt nicht.

Im Haag wird der *Zonenprozeß* gegen Frankreich mit großer Gründlichkeit verhandelt. Eine im Grunde ziemlich kleine Sache, die man aber, wie das bei uns üblich iſt, groß macht, während man das Große klein macht, eine Sache auch, die außenpolitiſch ausgeſchlachtet wird.

In Baſel wurde für eine Wahl in die Regierung unſer Freund Dr. *Max Gerwig* durch die Sozialdemokraten portiert, unterlag aber, obſchon ſeine geiſtige Ueberlegenheit gegenüber dem bürgerlichen Kandidaten offenkundig iſt. Aber was gilt in der faulen Atmoſphäre, die falls nicht Aeußerliches die Gemüter in Wallung bringt, über ſolchen Wählerſchaften, ſozialiſtiſchen wie bürgerlichen, lagert, der *Geiſt?*

6. *Kulturelles.*

In *Liberia,* das ſchon lange dem Völkerbund angehört, iſt erſt jetzt die noch beſtehende *Hausſklaverei* aufgehoben worden. Es gibt aber immer noch Sklavenhandel, beſonders aus dem Sudan nach Arabien und weiter. — Die nordamerikaniſchen Wahlen werden da und dort als Sieg der Prohibitionsgegner (der „Naſſen") ausgelegt. Das ſind ſie aber, wie es ſcheint, nur in ganz begrenztem Maße; ſie ſind vor allem eine Frucht der wirtſchaftlichen Kriſe. Die *Prohibition* wird davon wenig berührt — denke man darüber ſonſt wie man will.

Die Gemeinde Pontreſina im Engadin, ſozuſagen die Nächſte dazu, hat die Bahn auf den *Bernina* mit großer Mehrheit (60 gegen 17) abgelehnt! Vivat!

7. *Religion.*

Großes Aufſehen hat gerade im Zuſammenhang des großen Kampfes zwiſchen Faſchismus und Sozialismus, der die katholiſche Kirche vor die ſchwere Entſcheidung ſtellt, von der oben geredet worden iſt, ein Aufſatz: „Die Stunde des Bürgertums" erregt, den *Karl Muth,* der Herausgeber des *„Hochland"*, der aktuellſten Zeitſchrift des deutſchen Katholizismus, im Oktoberheft veröffentlicht hat. Er iſt in einzelnen Partien geradezu ein Bekenntnis zum „religiöſen Sozialismus". Man vergleiche folgende Stellen.

„Das ungläubig gewordene Bürgertum hat kein Recht mehr, das im Namen des gleichen Unglaubens ſich erhebende Proletariat mit weltanſchaulichen oder gar religiöſen, chriſtlichen Argumenten zu bekämpfen. Dieſes Proletariat iſt ja nicht nur wirtſchaftlich, ſondern auch geiſtig aus ſeinem Schoß hervorgegangen. Es iſt nur der ſchlecht geratene Sohn eines ungeratenen Vaters. Der bürgerliche „Liberalismus" hat Schule gemacht. Er iſt wie zur Luft geworden, die das geſamte Bürgertum einzuatmen gar nicht mehr anders konnte, nicht ein politiſcher nur, ſondern ein weltanſchaulicher Liberalismus, weitherzig genug, dem Volke die Religion erhalten ſehen zu wollen, während er ſich ſelber davon dispenſiert. Und ſo fühlt dieſes Bürgertum keine Bedenken, ſogar diejenigen religiöſen Inſtitutionen und ihre Vertreter zu begünſtigen, die in dieſem Sinne zu ſeinem Schutze tätig ſind. Das wird gar leicht eine Gefahr für dieſe Inſtitutionen und die von ihnen vertretene Sache ſelber. Gleichſam vorgeſchoben, ſprechen ſeine Vertreter, die Geiſtlichen, nun, wenn auch aus ihrer religiöſen Gefühls- und Gedankenwelt heraus, ſcheinbar doch auch im Namen ihrer Begünſtiger und laden ſo das Odium auf ſich, das dieſen gilt."

---

[1]) Dazu auch der Nationalrat!

„Ich ſpreche es geradezu aus, daß mir die weſentliche Vorausſetzung jeder politiſchen Erneuerung und Beſinnung des Bürgertums in dem Bewußtſein ſeiner Verantwortung gegeben ſcheint, die es gegenüber dem ſozialiſtiſch denkenden Volke hat. Es muß ſich darüber klar werden, daß die Ohnmacht unſeres Staates allein dadurch verurſacht iſt, daß er der geſellſchaftlichen Gegenſätze und Spannungen nicht Herr zu werden vermag, weil die beiden großen ſozialen Antagoniſten, Bürgertum und das ſozialiſtiſch denkende Volk, ſich um die Vormacht im Staate ſtreiten aus dem gegenſeitigen tiefen Mißtrauen heraus, daß, ſobald das eine der beiden Lager den Staat zu ſeinem Staat gemacht habe, es über des andern Lager die Geißel ſchwingen werde — —. Es iſt die Stunde des Bürgertums, die heute geſchlagen hat. Es bleibt die Frage: Iſt das Vertrauen in die Weisheit des Bürgertums nicht ſchon zu tief erſchüttert, als daß ihm noch einmal möglich wäre, die Führung der Geſchicke des Geſamtvolkes in die Hand zu nehmen?"

„Die Lage aber iſt die: ein *unbelehrtes* Bürgertum noch einmal an der Herrſchaft im Staate — und das Schickſal der bürgerlichen Geſellſchaft iſt beſiegelt. Darum wäre die Vorbedingung jeder neuen Konſolidierung der bürgerlichen Kräfte eine tiefe Wandlung ſeiner ſozialen und politiſchen Mentalität. Es wird die Rechtfertigung der bürgerlichen Parteien ſein, ob ſie gewillt und imſtande ſind, dieſe Wandlung, die an ihrer Wurzel hätte wirkſam ſein ſollen, nun nachträglich noch einzuleiten und zu vollziehen."

„Um dies einzuſehen, iſt es notwendig, die bürgerlichen Mißverſtändniſſe über das Weſen deſſen, was die klar und beſonnen denkenden Elemente des werktätigen Volkes wollen, auszuräumen. Unſer gebildetes Bürgertum muß ohne Voreingenommenheit zu dem Problem der Sozialiſierung unſeres Wirtſchaftslebens ein Verhältnis gewinnen lernen, es muß dem Sozialismus, der nur eine auf das Induſtrielle und Wirtſchaftliche projizierte Form einer ſozialen Demokratie iſt, furchtlos ins Auge ſehen. Daß ſich eine Vergeſellſchaftung unſerer Wirtſchaft nicht mehr aufhalten oder abwenden läßt, darüber ſind ſich die meiſten unſerer hellſichtigen Wirtſchaftspolitiker klar. Schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts hat ein ſo genialer Denker wie der Staats- und Wirtſchaftsrechtler Lorenz von Stein dieſe Entwicklung vorausgeſehen und bejaht, und ſeitdem konnte ſich kein Wirtſchaftspolitiker dieſer Einſicht mehr verſchließen, es ſei denn, er wäre mehr Politiker als auf Erkenntnis ausgehender Wirtſchaftsdenker geweſen. — Unter den neueren ſchrieb ein ſo beſonnener Nationalökonom wie der unlängſt verſtorbene Leipziger Profeſſor Dr. Karl Bücher im Jahre 1919: „Perſönlich bin ich von der Unausbleiblichkeit eines ſchließlichen Sieges des Sozialismus überzeugt." Er habe ſich immer wieder geſagt, „daß die ökonomiſche Welt einmal in der Richtung zu ſuchen ſein werde, wie die Beſten unter den Sozialiſten ſie ſich vorſtellen". Und wenn der namhafte Soziologe Ferdinand Toennies es ausſpricht, daß „die Tage des privaten Reichtums gezählt" ſeien und „ein neues Zeitalter höherer menſchlicher Gemeinſchaft" anbreche, ſo heißt das im Grunde auch nichts anderes."

„In dem Maße, als die wirtſchaftlichen Hoffnungen des Sozialismus ihrer wenn auch langſamen Erfüllung entgegenreifen, hat in Deutſchland ein geiſtiger Umbruch eingeſetzt. Es iſt eine unter den deutſchen Sozialiſten der jungen Generation auflebende religiöſe Bewegung, die, vorerſt noch zum großen Teil autonom, Keime eines neuen Gemeinſchaftslebens in ſich trägt. Während dieſe jungen religiöſen Sozialiſten ſich von ſeiten der älteren Sozialiſtengeneration einer gewiſſen Toleranz erfreuen, ſind ſie von kirchlichen Gruppen mißtrauiſch betrachtet und vielfach angefochten worden. Ich perſönlich glaube, daß Sozialismus als ſittliche Idee und Chriſtentum tiefinnerlich zuſammengehören, und daß es ein Verſäumnis ſehr ernſter und folgenſchwerer Art war, daß die chriſtliche Welt ſich nicht ſchon früher der ſozialiſtiſchen Bewegung angenommen und ſie in ihrem wirtſchaftlichen Ethos unzweideutig bejaht hat."

„Gerade wir Katholiken haben, nachdem wir mit dem Bürgertum unſeren Frieden geſchloſſen hatten, uns der Arbeiterfrage nur vom Standpunkt der Seel-

ſorge angenommen und es den „anderen“ überlaſſen, die geiſtigen und ſittlichen Kräfte in Bewegung zu ſetzen, die notwendig waren, um das einem ganzen Stande drohende furchtbare Schickſal allen deutlich zu machen. Nicht ſo leicht wie ſeinerzeit mit der kapitaliſtiſchen Welt werden es infolgedeſſen die Kirchen haben, ihren Frieden zu machen mit der ſozialiſtiſch-proletariſchen, wenn ſie erſt einmal zum Siege gelangt iſt; zum Siege aber wird ſie gelangen, und es bleibt nur die Frage, ob es mit uns oder gegen uns geſchieht.“

„Das Chriſtentum, das gerade in ſeinen gläubigen Elementen ſich mehr und mehr in eine kleinbürgerliche Welt zu verpuppen droht, wird ſomit als geiſtige Macht nur wieder wirkſam werden, wenn es, ſeiner Frühzeit getreu, ſich dem Chriſtophorus der neuaufſteigenden Geſellſchaft anvertraut und von ihm ſich durch die Wirbel des Zeitenſtroms an ein neues Ufer hinübertragen läßt.“

Wir werden von dieſem Aufſatz noch reden. Er iſt ein *Zeichen* erſten Ranges.

Unſere ſchweizeriſchen kirchlichen Kreiſe haben, wenn ich recht ſehe aus der Kuyperſchen Bewegung, das Schlagwort vom *Säkularismus* aufgegriffen und machen ein mächtiges Weſen daraus, als ob ein neues Fremdwort ſchon ein Stück Offenbarung und Erlöſung wäre. Säkulariſation heißt ſchließlich einfach *Verweltlichung* und bezeichnet alſo eine nicht ſo ganz neue und unbekannte Sache. Dieſe kirchlichen Kreiſe aber verwechſeln Verweltlichung mit *Entkirchlichung* und vergeſſen auch zu unterſuchen, wie weit Verweltlichung ſchon ohne weiteres ein *Schaden* ſei. Davon vielleicht ein andermal. Jedenfalls geraten ſie dabei leicht in den Wahn, als ob ein neuer religiöſer und kirchlicher Stil oder auch nur Anſtrich des Lebens für die Sache Gottes ſchon ein Gewinn wäre. Da ſcheint nun letzthin an einer Verſammlung von Leuten der Innern Miſſion, Evangeliſch-Sozialen und ſo fort, *Profeſſor Brunner* mit einem energiſchen Wort hineingefahren zu ſein, das, auch wenn es da und dort übers Ziel hinausgeſchoſſen ſein mag, hoffentlich doch ſeine Wirkung tut. Wie eng und kleinlich ſind doch meiſtens dieſe „frommen“ Kreiſe. Gottlob wiſſen wir, daß Gott größer iſt als Religion und Kirche.

In *Deutſchland* ſind die Pfarrer unter den „religiöſen Sozialiſten“ ſchwerer Anfeindung ausgeſetzt, beſonders in Gegenden, wo der Nationalſozialismus obenauf iſt, wie in Thüringen. In *Oeſterreich* haben die religiöſen Sozialiſten, beſonders die *katholiſchen* unter ihnen, gerade jetzt eine ſehr bedeutſame, wenn auch entſprechend ſchwere Aufgabe. Ueberhaupt zeigen gerade die letzten Entwicklungen, daß das, was der „religiöſe Sozialismus“ meint, der Weg der Zukunft iſt. Möge dieſes Bewußtſein unſere Freunde in ihrem harten Kampfe ſtärken und freudig machen.

12. November 1930. *L. R.*

Manifeſt gegen die Wehrpflicht und gegen die Militäriſche Ausbildung der Jugend. Die Regierungen aller Länder haben endlich offiziell das Recht der Völker auf Frieden anerkannt und im Kellogpakt den Krieg als Mittel nationaler Politik verworfen.

Dennoch wird der Krieg weiter vorbereitet. In kraſſem Gegenſatz zu den Friedensbeteuerungen der Regierungen ſteht vor allem die Aufrechterhaltung und Erweiterung der militäriſchen Ausbildung der Jugend.

Zwei Formen dieſer militäriſchen Ausbildung machen ſich geltend: in vielen Ländern beſteht ſie als geſetzliche Wehrpflicht; in andern iſt ſie zwar dem Namen nach freiwillig, wird jedoch der Jugend durch moraliſchen und wirtſchaftlichen Druck aufgenötigt. Außerdem erachten es alle Regierungen als ihr Recht, von den männlichen und weiblichen Staatsbürgern Kriegsdienſt zu verlangen.

Wir erklären, daß jeder, der aufrichtig den Frieden will, für die Abſchaffung der Militariſierung der Jugend kämpfen und den Regierungen das Recht abſprechen muß, den Staatsbürgern die Wehrpflicht aufzuerlegen.

Die *Wehrpflicht* liefert die Einzelperſönlichkeit dem Militarismus aus. Sie iſt eine *Form der Knechtſchaft*. Daß die Völker ſie gewohnheitsmäßig dulden, iſt nur ein Beweis mehr für ihren abſtumpfenden Einfluß.

Militärische Ausbildung ist Schulung von Körper und Geist in der Kunst des Tötens. *Militärische Ausbildung* ist Erziehung zum Kriege. Sie ist die *Verewigung des Kriegsgeistes.* Sie verhindert die Entwicklung des Willens zum Frieden. Die ältere Generation begeht ein schweres Verbrechen an der Zukunft, wenn sie die Jugend in Schulen und Universitäten, in staatlichen und privaten Organisationen, oft unter dem Vorwand körperlicher Ertüchtigung, das Kriegshandwerk lehrt.

Die Friedensverträge haben den besiegten Völkern die Aufhebung der militärischen Ausbildung der Jugend und die Abschaffung der Wehrpflicht auferlegt. Mögen die Völker der ganzen Welt endlich durch eigene Initiative mit ihnen aufräumen!

Wenn die Regierungen die tiefe Empörung und Auflehnung gegen den Krieg nicht erkennen wollen, so müssen sie mit Widerstand aller derer rechnen, denen die Hingabe an die Menschheit und an die Stimme ihres Gewissens höchstes Gesetz ist.

Völker der Welt, beschließt: *Fort mit der Militarisierung! — Fort mit der Wehrpflicht! — Erzieht die Jugend zur Menschlichkeit! Erzieht die Jugend zum Frieden!*

Das Manifest gegen die Wehrpflicht ist unterzeichnet von:

Jane Addams (U. S. A.); Dr. h. c. H. P. Berlage (Niederlande); Se. Eminenz der Bischof von Birmingham (England); Paul Birukoff (Schweiz, früher Rußland); Valentin Bulgakoff (Rußland); Professor Dr. John Dewey (U. S. A.); Professor Dr. Albert Einstein (Deutschland); Professor Dr. August Forel (Schweiz); Professor Dr. Sigmund Freud (Oesterreich); Arvied Järnefelt (Finnland); Toyohiko Kagawa (Japan); T. Z. Koo (China); Professor Dr. J. B. Kizak (Tschechoslowakei); Selma Lagerlöf (Schweden); Dr. J. L. Magnes (Palästina); Dr. h. c. Thomas Mann (Deutschland); Victor Margueritte (Frankreich); H. W. Nevinson (Großbritannien); Rector Ole Olden (Norwegen); Professor Dr. Quidde (Deuschland); Professor Dr. Emanuel Radl (Tschechoslowakei); Prof. Dr. Leonhard Ragaz (Schweiz); Ameen Rihani (Arabien); Henriette Roland Holst (Niederlande); Romain Rolland (Frankreich); Hon. Bertrand Russell, F. R. S. (Großbritannien); General a. D., Dr. h. c. von Schoenaich (Deutschland); Upton Sinclair (U. S. A.); Rabindranath Tagore (Indien); Elin Wägner (Schweden); H. G. Wells (Großbritannien); Stefan Zweig (Oesterreich).

Dieses Manifest wird herausgegeben vom „*Joint Peace Council*", in welchem die folgenden internationalen Friedensverbände zusammenarbeiten:

Der Rat für Internationalen Dienst der Gesellschaft der Freunde (London);
das *Internationale Antimilitaristische Bureau* (Haag);
die *Internationale Genossenschaftliche Frauengilde* (London);
der *Internationale Versöhnungsbund* (Wien);
die *Internationale der Antimilitaristischen Pfarrer* (Ammerstol);
der Ausschuß für Friedensarbeit der Quäker (London);
die *Internationale der Kriegsdienstgegner* (Enfield);
die *Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit* (Genf);

Das Sekretariat des „Joint Peace Council" befindet sich in Wien VII, Döblergasse 2/26, Oesterreich.

Hitler in der Schweiz. Daß die nationalsozialistische Welle auch in die Schweiz, besonders natürlich die deutsche, hereinschlagen werde, war leicht vorauszusehen (vgl. das Septemberheft S. 486). Eine Bestätigung dafür ist folgende Mitteilung der St. Galler „Volksstimme" (Nr. 222):

„Ein guter Wind hat der Redaktion unseres Genfer Parteiblattes ein Zirkular der „*Schweizerischen patriotischen Liga*" auf den Tisch geweht. Es wird da — es handelt sich um einen Aufruf um finanzielle Unterstützung — erwähnt, daß die Liga „*alle Bürgerwehren und Hilfsdienste* der Schweiz, der deutschen, französischen wie italienischen vereinigt". Ueber den Zweck bringt man aus:

Aufrechterhaltung der Verbindung mit den Sektionen und Bürgerwehren in den Kantonen und gegenseitige Unterrichtung über die in den verschiedenen Kantonen gemachten Erfahrungen.

Besonders schwerwiegend ist folgender Passus:

Aufrechterhaltung der Verbindung mit gleichen Organisationen im Ausland, Austausch der gemachten Erfahrungen und Vermittlung dieser Meldungen an die kantonalen Sektionen.

Weiter, das interessiert besonders unsere Eisenbahner:

Vorbereitung eines Hilfsdienstes für die Führung von Zügen.

Unzweideutig ist auch das:

Beobachtung der Bewegung und Tätigkeit der Sozialisten und Kommunisten in der Schweiz und im Ausland, und zum Schluß: *Ferner haben wir uns ununterbrochen mit den antimilitaristischen Pfarrern und Lehrern beschäftigt.*

Organisationen, die die Oeffentlichkeit nicht scheuen, brauchen über die Herkunft ihrer Mittel nicht den Mantel des Geheimnisses zu decken. Anders bei unseren Faszisten:

Die Herkunft der Gelder wird von der Finanzkommission als besonders vertraulich betrachtet, und die Namen der Spender sind nur drei Mitgliedern dieser Komission bekannt."

Schließlich geht aus dem Zirkular hervor, daß für den Unterhalt der beiden Sekretariate von *Genf* und *Aarau* im Jahre 1930 Fr. 72 500 veranschlagt sind.

Wir haben also auch in der Schweiz eine regelrechte faszistische Organisation, die auch bewaffnet ist, rekrutiert sich diese dunkle Gesellschaft doch zu einem schönen Teil aus schweizerischen Offizieren, die übrigens die Leitung der Bürgerwehren innehaben.

Aber es scheint noch mehr im Werke zu sein. Wie Jakob Bührer in der Basler „Nationalzeitung" (Nr. 529) berichtet, versendet eine „Vereinigung für politische Erneuerung" einen Fragebogen (den sie dem Schreibenden freilich nicht zugestellt hat!), mit Fragen, die sehr deutlich aus dem faschistisch-nationalsozialistischen Katechismus stammen. Es sei darin die Rede von „Abbau der Demokratie", von „systematischer Bekämpfung des Marxismus und seiner Aeußerungen im öffentlichen Leben", von „einem Kampfverband politisch handlungswilliger Männer, die neben Diskussionen militärische Uebungen veranstalten" und so fort!

Zu erschrecken braucht man darüber nicht. Das Ganze ist nur ein Beweis mehr für die bekannte Fähigkeit des Durchschnittsschweizers, ausländische Losungen nachzupapageien und ausländische Bewegungen nachzuäffen.

Von Büchern

Hans Spahn: Das Evangelium und unsere Fragen und Nöte. Verlag Walter Loeptien, Meiringen und Leipzig.

Die geistige Not und Verwirrung wird immer ärger. Besonders in den Tiefen der heutigen Kultur (besser Unkultur), in der Breite der heutigen Zivilisation. Auf den Höhen ist ja schon eine Wendung eingetreten, hier klärt sich der Himmel (wobei ich unter „Höhen" hier wieder an die *Kultur* denke), auch wenn noch nicht die Sonne hervorgetreten ist. Gerade zu den Menschen in den Tiefen und in der Breite der heutigen Menschenwelt möchte Hans Spahn, unser Freund und einstiger Schüler, mit seinem Buche sprechen. Er tut es so, wie es die einfachen Leute gern haben: mit reicher Veranschaulichung der Grundwahrheiten des Evangeliums durch Tatsachen, Gleichnisse, Worte von bedeutenden Menschen (besonders solche von Fr. W. Förster werden bevorzugt) und er tut es so, daß das Evangelium mitten in die Nöte und Verheißungen der Gegenwart gestellt wird. Dabei nimmt er kein Blatt vor den Mund: das *soziale* Problem, mit seinen